

Ostforschung und Nationalsozialismus. Kritische Bemerkungen zur aktuellen Forschungsdiskussion

von

Eduard Mühle

Über „Selbstgleichschaltung“ und „Verstrickung“, „Indienstnahme“ und „Vordenkerschaft“ deutscher Historiker im Nationalsozialismus wird seit einigen Jahren in zunehmender Tiefe und Breite diskutiert. Die Historikertage von Leipzig, München, Frankfurt und Aachen haben der Problematik seit 1994 einschlägige Sektionen gewidmet¹, zahlreiche Fachtagungen und Konferenzen den Gegenstand in besonderer Weise erörtert, neue elektronische Kommunikationsforen sich mit Eifer der Debatte angenommen und die so geförderten Diskurse insgesamt eine Reihe neuer Arbeiten hervorgebracht². Mit der allgemeinen Debatte über die deutsche Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus ist auch die besondere Auseinandersetzung über die Stellung und Funktion der „deutschen Ostforschung“ im Dritten Reich nachhaltig belebt worden. War diese in den ausgehenden 1950er und 1960er Jahren zunächst Objekt scharfer polemischer Kritik seitens sozialistischer Historiker³ und erst seit den 1980er Jahren zunehmend Gegenstand einer in erster Linie von Osteuropahistorikern getragenen fachgeschichtlichen Forschung⁴, so ist das Thema in jüngster Zeit auch von der allgemeinen

¹ Die Beiträge der von Peter Schöttler geleiteten Leipziger Sektion publiziert in: *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, hrsg. von PETER SCHÖTTLER, Frankfurt/Main 1997, diejenigen der vom Verfasser dieser Zeilen geleiteten Münchener Sektion „Deutsche ‚Ostforschung‘ – Ihre Bilder und Vorstellungen von der Geschichte des polnischen Nachbarn (1918–1989)“ in: *ZfO* 46 (1997), S. 317–426, und der von Hans-Erich Volkmann organisierten Aachener Sektion in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), S. 5–61. Die Referate der von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle geleiteten Frankfurter Sektion, die im September 1998 besondere Aufmerksamkeit fand und zweifellos den vorläufigen Höhepunkt der Debatte darstellt, sind (zusammen mit weiteren, anschließend ausgearbeiteten Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum) publiziert in: *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, hrsg. von WINFRIED SCHULZE und OTTO GERHARD OEXLE unter Mitarbeit von GERD HELM und THOMAS OTT, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1999, 347 S., 24,90 DM.

² Zahlreiche einschlägige Tagungsberichte, Rezensionen und Diskussionsbeiträge finden sich unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>.

³ Die politisch-ideologische Funktion dieser Kritik im Kontext des DDR-Regimes erhellten neuerdings STEFAN CREUTZBERGER, JUTTA UNSER: *Osteuropaforschung als politisches Instrument im Kalten Krieg. Die Abteilung für Geschichte der imperialistischen Ostforschung in der DDR (1960 bis 1968)*, in: *Osteuropa* 48 (1998), S. 849–867.

⁴ Überblicke hierzu bei EDUARD MÜHLE: *‚Ostforschung‘. Beobachtungen zum Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas*, in: *ZfO* 46 (1997), S.

Historiographie- und Wissenschaftsgeschichte entdeckt bzw. von Historikern erörtert worden, deren Forschungsinteresse in erster Linie auf die Funktionsweisen und Strukturen des Nationalsozialismus ausgerichtet ist. Arbeiten von Götz Aly über Theodor Schieder und Werner Conze oder von Karl-Heinz Roth über Hans Joachim Beyer gehören in diesen Kontext.⁵ Interessant erscheint, daß sich neben diesen ‚Außenseitern‘ neuerdings auch renommierte Vertreter des Faches wie Hans Mommsen, Wolfgang J. Mommsen, Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka mit Deutungen zur Ostforschung zu Wort melden. Solches Interesse rührt zweifellos aus dem Umstand, daß die meistdiskutierten Protagonisten der Ostforschung im Nationalsozialismus – Theodor Schieder und Werner Conze – nicht nur zentrale Gestalten der westdeutschen Nachkriegshistoriographie waren, sondern auch zu den Lehrern der führenden Vertreter der jüngeren westdeutschen Sozialgeschichtsschreibung gehörten. Die Feststellung, daß die nationalsozialistischen Vergangenheiten dieser Lehrer nach 1945 „beschwiegen“ wurden, geriet vor diesem Hintergrund rasch zu einem Vorwurf an die Adresse der im Paradigmen- und Generationenwechsel in die Defensive gedrängten Sozialhistoriker, es versäumt zu haben, die entsprechenden kritischen Fragen an ihre Lehrer zu stellen.⁶ Hinzu kam die gelegentlich geäußerte These von den genetisch-strukturellen Verbindungen zwischen volksgeschichtlicher Ostforschung und neuerer Sozialgeschichte, die implizit auch die Schüler und Protagonisten der jüngeren bundesdeutschen Sozialgeschichtsschreibung in eine ‚genealogische‘ Linie mit den einstigen Ostforschern und Begründern der älteren Struktur- bzw. Sozialgeschichte der 1950er Jahre zu stellen scheinen.⁷ So wird verständlich, warum die Rolle der

317–350, und JAN PISKORSKI: Z badań nad historiografią Europy Środkowej i Wschodniej [Forschungen über die Historiographie Mittel- und Osteuropas], in: *Przegląd Historyczny* 91 (2000), S. 451–474.

⁵ GÖTZ ALY: Rückwärtsgewandte Propheten. Willige Historiker – Bemerkungen in eigener Sache, in: DERS.: *Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens*, Berlin 1997, S. 153–183; DERS.: Theodor Schieder, Werner Conze oder die Vorstufen der physischen Vernichtung, in: *Deutsche Historiker (wie Anm. 1)*, S. 163–182; KARL-HEINZ ROTH: Heydrichs Professor. Historiographie des ‚Volkstums‘ und der Massenvernichtungen: Der Fall Hans Joachim Beyer, in: *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft (wie Anm. 1)*, S. 262–342.

⁶ Um sich selbst nicht einem ähnlichen Vorwurf auszusetzen, haben einige jener „Enkel“, die solcherart Anklagen erheben, in einer ursprünglich auf der Web-Seite von H-Soz-u-Kult sukzessive publizierten Interviewserie 17 „Großväter“ nach ihrer Lehrzeit bei den „belasteten Historikern“ und deren Nach- und Weiterwirken befragt; das Ergebnis dieses bemerkenswerten Selbstversuchs in oral history ist zu einem interessanten historiographiegeschichtlichen Dokument geraten, das nun – ergänzt um sehr nützliche biographische, bibliographische und institutionelle Glossare – auch gedruckt vorliegt: *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, hrsg. von RÜDIGER HOHLS und KONRAD JARAUSCH, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart u.a. 2000, 526 S., 44,- DM.

⁷ Die These zunächst bei WINFRIED SCHULZE: Der Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945. Einsichten und Absichtserklärungen der Historiker nach der Katastrophe, in: *Deutsche Geisteswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965)*, hrsg. von ERNST SCHULIN, München 1989, S. 1–37, bes. S. 31–37; danach teils expliziter teils impliziter vor allem bei WILLI OBERKROME: *Volksgeschichte. Methodi-*

deutschen Ostforschung im Nationalsozialismus und die Frage, ob ehemalige Ostforscher wie Theodor Schieder nach 1945 sich von ihrer Vergangenheit verabschiedet bzw. aus ihr gelernt haben, plötzlich das lebhaftere Interesse führender deutscher Sozialhistoriker finden.⁸

Wenn in diesem Sinne Wolfgang J. Mommsen den geistigen und politischen Faktoren nachspürt, die dazu geführt haben, „daß sich eine große Zahl von deutschen Historikern nach 1933 bereitwillig in den Dienst der nationalsozialistischen Ostpolitik gestellt hat“⁹, Hans Mommsen die Rolle und Funktion der Ostforschung nicht als Ausfluß einer Affinität zum Nationalsozialismus, sondern als den „wirkliche[n] Nationalsozialismus“ bezeichnet¹⁰, Hans-Ulrich Wehler danach fragt, wieweit das volksgeschichtliche und politikberatende Engagement der Ostforscher tatsächlich in die nationalsozialistische Eroberungs- und Vernichtungspolitik hinein gereicht hat¹¹, und auch Jürgen Kocka zu erkunden sucht, wie und warum es „zu dieser offenbar freiwilligen und eifrigen Kollaboration von Historikern mit dem nationalsozialistischen Projekt“ gekommen ist¹², dann fördern sie dabei selbst keine neuen Erkenntnisse zutage. Sie stützen sich vielmehr durchweg auf die druckfrischen Arbeiten jener jüngeren Nachwuchshistoriker, gegen deren moralischen Rigorismus und mitunter auf die jüngere Sozialgeschichte zielende „vollmundige Attacken“ (Wehler, S. 307) sie sich teilweise heftig verwehren. Das Faktographische fällt dabei nicht immer verlässlich aus und kann gewiß nicht als der entscheidende weiterführende Beitrag dieser Essays betrachtet werden. Wichtiger sind eine Reihe bedenkenwerter Überlegungen und Hinweise, die sie anbieten und die bei der weiteren Erforschung und Darstellung des Phänomens zweifellos stärker zu berücksichtigen sein werden.

So betont Wolfgang J. Mommsen, daß der spezifische Nations- bzw. Volksbegriff der Ostforscher zunächst keineswegs „primär ethnisch, geschweige denn rassisch geprägt“ und die auf ihm aufbauende Denkfigur des deutschen Volks- und Kulturbodens zwar deutsche – durchaus autoritär gedachte – Herrschaft über

sche Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993, bes. S. 20, 99, 224–227; DERS.: Historiker im ‚Dritten Reich‘. Zum Stellenwert volkshistorischer Ansätze zwischen klassischer Politik- und neuer Sozialgeschichte, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 50 (1999), S. 74–98; DERS.: Zur Kontinuität ethnozentrischer Geschichtswissenschaft nach 1945. Weltanschauung und politisches Engagement der westdeutschen Kulturraumforschung in den fünfziger Jahren, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), S. 50–61.

⁸ Und dabei eine beachtliche Aufmerksamkeit der Medien finden; vgl. HANS-ULRICH WEHLER: *In den Fußstapfen der kämpfenden Wissenschaft*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 2, 4. Januar 1999, S. 48, sowie *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 293, 19./20. Dezember 1998, S. 16; *Frankfurter Rundschau*, Nr. 290, 14. Dezember 1998; *Tagespiegel* Nr. 16541, 8. Dezember 1998, S. 25.

⁹ WOLFGANG J. MOMMSEN: Vom ‚Volkstumskampf‘ zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in Osteuropa, in: *Deutsche Historiker* (wie Anm. 1), S. 183–214.

¹⁰ HANS MOMMSEN: *Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime*, in: *Deutsche Historiker* (wie Anm. 1), S. 265–273, Zitat S. 271.

¹¹ HANS-ULRICH WEHLER: *Nationalsozialismus und Historiker*, in: *Deutsche Historiker* (wie Anm. 1), S. 306–339.

¹² JÜRGEN KOCKA: *Zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik. Ein Kommentar*, in: *Deutsche Historiker* (wie Anm. 1), S. 340–357, Zitat S. 343.

weite Teile Ostmitteleuropas zu legitimieren bemüht war, der Begriff sich aber maßgeblich an kulturellen bzw. zivilisatorischen Kriterien orientierte; erst allmählich erwuchs aus der partiellen Übereinstimmung der volksgeschichtlichen Interessen mit dem Nationalsozialismus regelrechte Mitträgerschaft und Apologie der Gewaltherrschaft (S. 185–187, 208). Auch Hans-Ulrich Wehler betont die Notwendigkeit eines breiteren heuristischen Ansatzes, um den Motiven und Interessen der Ostforscher auf die Spur zu kommen. Zu Recht hebt er hervor, daß sich ihr „Erfahrungshorizont und Gedankenhaushalt“ nur bei Berücksichtigung der seit 1870 und dann noch einmal seit 1918 verschärfenden ostmitteleuropäischen Nationalitätenkonflikte angemessen verstehen lassen. Dabei verweist er zugleich ebenso zutreffend auf die Überlappung der volkspolitischen bzw. volksgeschichtlichen Ziele der Ostforschung mit den Intentionen des Nationalsozialismus, die er schneller „zu einer breiten Konsenszone“ verschwimmen sieht als Wolfgang J. Mommsen (S. 314). In solchem Konsens hätten sich dann Ostforscher wie Hermann Aubin, Walter Kuhn, Theodor Schieder als ‚kämpfende Wissenschaftler‘ betätigt und etwa im September 1939 „mit ihrer fachwissenschaftlichen Kompetenz die Siedlungsplanung der künftigen deutschen Polenpolitik in vorauseilendem Gehorsam zu beeinflussen“ versucht (S. 319). Für Hans Mommsen markiert bereits die „Konsenszone“ den „wirklichen Nationalsozialismus“. Zwar hält auch er es gegen Götz Aly, Karl-Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus¹³ für absurd, eine direkte Kausalität zwischen der Tätigkeit der Ostforscher und der Implementierung der ‚Endlösung‘ zu behaupten, doch hätten Historiker wie Theodor Schieder und Werner Conze mit ihren wissenschaftlichen Abhandlungen und Planungspapieren zur Gewöhnung mit dem ‚Hantieren‘ mit ‚überflüssigen Bevölkerungsteilen‘ sowie „zur Entstehung und Legitimierung einer sich ausbreitenden Mentalität“ beigetragen, „welche den systematischen Völkermord in den Bereich zuerst des Möglichen, dann den des Unvermeidlichen und schließlich den des Notwendigen“ gerückt habe. Die spezifische Zielsetzung der Ostforscher, das deutsche Volkstum im Osten durch eine umfangreiche Neuordnung zu schützen und auszubauen, habe nach 1933 zu einer systematischen Volksbodenpolitik geführt, die mit umfassenden ethnischen Flurbereinigungen und Aufsiedlungen ehemaligen deutschen Siedlungsraum zurückgewinnen wollte. Dies sei, so das Fazit Hans Mommsens, „mit innerer Notwendigkeit in Vorstellungen [eingemündet], wie sie dann von Heinrich Himmler im Generalplan Ost und dessen Nachfolgeplänen in die Tat umgesetzt wurden. Der vorsätzliche Genozid stellte sich dabei wie von selbst ein“ (S. 270).

Das institutionen- und personengeschichtliche Material, auf das sich die angeführten Essays mit ihren anregenden Reflexionen im wesentlichen stützen, haben vor allem zwei jüngere Wissenschaftshistoriker zutage gefördert bzw. erneut – und gegenüber den älteren einschlägigen DDR-Arbeiten nun erheblich ausführ-

¹³ ANGELIKA EBBINGHAUS, KARL HEINZ ROTH: Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenschrift vom 7.10.1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 1 (1992), S. 62–94, bes. S. 76.

licher – ausgebreitet¹⁴: Michael Fahlbusch und Ingo Haar. Beide haben mit engagierten, mitunter etwas zu sehr vom Eifer des Enthüllens und Anklagens geprägten Diskussionsbeiträgen maßgeblich zur Belebung der allgemeinen Debatte über deutsche Historiker im Nationalsozialismus beigetragen und dabei auch wichtiges Material zur Geschichte der deutschen Ostforschung in den Jahren zwischen dem Ende des Ersten und dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorgelegt.

Michael Fahlbusch knüpft in seiner auf breiter archivalischer Grundlage erarbeiteten Studie über die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften an eine frühere Arbeit an, in der er die seit 1922 im Rahmen der Leipziger Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung unternommenen Versuche dargestellt hat, der sich formierenden Deutschstums- und Grenzlandforschung der Weimarer Republik eine überregionale Koordinations- und Kommunikationsstruktur zu geben.¹⁵ Seine neue, weit umfangreichere Untersuchung setzt da ein, wo die ältere mit der Auflösung der Leipziger Stiftung endete.¹⁶ Sie beschreibt die Geschichte jener geographisch ausgerichteten Zusammenschlüsse volksgeschichtlich bzw. volkswissenschaftlich arbeitender Kulturwissenschaftler, die in Gestalt der 1931 errichteten Südostdeutschen¹⁷, der im Dezember 1933 gegründeten Nord- und Ostdeutschen und der erst 1942 aus der schon früher entstandenen „Sammlung Georg Leibbrandt“ gebildeten Osteuropäischen Forschungsgemeinschaft zugleich den wichtigsten institutionellen Rahmen der deutschen Ostforschung der 1930er–1940er Jahre bildeten. Schon in der Gliederung und Anordnung seines umfangreichen Materials läßt Fahlbusch keine Zweifel daran, daß er das Netz der insgesamt sechs Forschungsgemeinschaften (neben den bereits genannten gab es noch eine Westdeutsche, eine Alpenländische und eine Überseedutsche Forschungsgemeinschaft) nicht anders als ein zentral gelenktes, von oben nach unten stringent durchorganisiertes Unternehmen versteht, dessen einziger Zweck in der politischen Instrumentalisierung der „Volkswissenschaften“ bestanden habe. Dementsprechend gliedert er seine Arbeit nach einer einführenden Erörterung der Fragestellung, der Quellengrundlage, des Forschungsstandes und einer knappen Skizzierung der nationalsozialistischen Volkstums- und Kulturpolitik in zwei Hauptkapitel, die einerseits dem „Friedenseinsatz“, andererseits dem „Kriegsein-

¹⁴ Daß die hier ausgewerteten Quellenbestände zuvor keineswegs unbekannt oder unzugänglich waren, wie in den besprochenen Essays gelegentlich angedeutet wird (vgl. WEHLER (wie Anm. 11), S. 309; KOCKA (wie Anm. 12), S. 340), hat zu Recht bemerkt GÖTZ ALY: Stakkato der Vertreibung, Pizzikato der Entlastung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 28, 3. Februar 1999.

¹⁵ MICHAEL FAHLBUSCH: „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland.“ Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933, Bochum 1994.

¹⁶ MICHAEL FAHLBUSCH: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die ‚Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften‘ von 1931–1945, Nomos Verlag, Baden-Baden 1999, 887 S., 138,- DM.

¹⁷ Hierzu auch MICHAEL FAHLBUSCH: Die ‚Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft‘. Politische Beratung und NS-Volkstumspolitik, in: Deutsche Historiker (wie Anm. 1), S. 241–264; die ursprüngliche Fassung dieses auf dem Frankfurter Historikertag 1998 gehaltenen Vortrages unter dem Titel Die ‚Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften‘. Ein Brain-Trust der NS-Volkstumspolitik? unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/diskusio/nszeit/nszeit12>.

satz“ der in den Forschungsgemeinschaften zusammengefaßten Volkswissenschaften gewidmet sind. Innerhalb dieser beiden Hauptkapitel wird vor allem eine Organisations- und Institutionengeschichte geboten, die zunächst jeweils die zentrale Ebene zu beschreiben versucht, auf der die strategische Gesamtleitung des vermeintlich streng hierarchisch aufgebauten Verbundes der Forschungsgemeinschaften erfolgt sei.

Als das zentrale Steuerungsorgan beschreibt Fahlbusch einen „Vorstand“, dem die Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaften, der Leiter einer seit 1935 eingerichteten Geschäftsstelle, die zuständigen Referenten der einschlägigen Berliner Ministerien sowie Vertreter der Deutschtumsverbände bzw. seit 1937 der Volksdeutschen Mittelstelle angehörten. Eine nähere Erläuterung der konkreten Kompetenzgrundlagen dieses „Vorstandes“ bleibt er freilich schuldig, so daß sich Zweifel regen, ob es sich hier tatsächlich um eine institutionalisierte Gesamtführung mit umfassender Leitungskompetenz gehandelt hat, die in zentraler strategischer Planung nicht nur über die den Forschungsgemeinschaften zugewandten staatlichen Finanzmittel, sondern auch über die Projektdurchführung und den Wissenschaftlereinsatz der einzelnen Forschungsgemeinschaften bestimmt hat. Vieles deutet darauf hin, daß der von Fahlbusch hier unterstellte stringente und rationale Durchgriff von oben nach unten in Wirklichkeit weitaus weniger ausgeprägt war. Schließlich muß er selbst einräumen, daß es sich bei der „strategischen Leitung“ der Forschungsgemeinschaften doch eher um „eine ‚lockere Form‘ des Zusammenschlusses“ gehandelt habe, der sich vor allem auf „kameradschaftliche Absprache“ stützte (S. 96). Tatsächlich dürfte es sich bei den regelmäßigen Zusammenkünften der Mitglieder des „Vorstandes“ eher um Koordinierungsgespräche gehandelt haben, die von einem Teil der Forschungsgemeinschaften zugleich zu gemeinsamen Haushaltsberatungen mit den Vertretern der staatlichen Zuwendungsgeber genutzt wurden. Die von Albert Brackmann geleitete Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft, die größte der sechs Forschungsgemeinschaften und zugleich der wichtigste Verbund der deutschen Ostforschung, hat ihren Haushalt stets unmittelbar mit ihren Geldgebern verhandelt und sich kaum als eine Einrichtung gesehen, die sich in ihrer Tätigkeit nach den Vorgaben eines ihr übergeordneten „Vorstandes“ zu richten gehabt hätte. Wie widersprüchlich Fahlbuschs Aussagen in diesem Punkt sind, verdeutlicht beispielhaft ein Satz, in dem er auf „von der Führung der V[olksdeutschen] F[orschungs]G[emeinschaften] abhängige[,] Projekte“ verweist, „die der Kontrolle der jeweiligen Forschungsgemeinschaft unterlagen“ (S. 82). Solchen Widersprüchen liegt das durchgehende Bemühen des Autors zugrunde, dem locker gefügten, heterogenen und bei aller volkspolitischen Gemeinsamkeit von durchaus divergierenden Interessen, ja Konkurrenzen geprägten Komplex der Forschungsgemeinschaften den Charakter eines geschlossenen, im Sinn des Nationalsozialismus zentral gelenkten „Brain-Trusts“ zu verleihen.

Die von Fahlbusch stark hervorgehobene zentrale Ebene habe zusammen mit den Leitungen der einzelnen Forschungsgemeinschaften nicht nur über die Mittel zur Entwicklung des allgemeingültigen volkswissenschaftlichen Paradigmas verfügt, die Inhalte und ‚Drehbücher‘ der Volksforschung bestimmt, diese umgesetzt und vermarktet, sondern zwecks Legitimierung und Operationalisierung deutscher Kulturpolitik, später dann der Eroberungs- und Vernichtungspolitik auch

engstens mit den entsprechenden Reichszentralen, dem Auswärtigen Amt, dem Reichsinnenministerium, der SS und dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete zusammengearbeitet. Tatsächlich kann Fahlbusch manches Beispiel jener Querverbindungen anführen, die zwischen den einzelnen Forschungsgemeinschaften und diesen politischen Instanzen unstrittig bestanden haben und im Sinne einer Legitimierung nationalsozialistischer Politik entsprechend instrumentalisiert worden sind. Doch wie leichthin und unreflektiert er dabei zumeist auf eine zielorientierte Zuarbeit und deren unmittelbare praktische Verwendung schließt, mag das Beispiel des von ihm als eines der zentralen Projekte der strategisch-operativen Leitungsebene der Forschungsgemeinschaften angeführten „Handwörterbuchs des Grenz- und Auslandsdeutschtums“ verdeutlichen. Nachdem er auf knapp neun Seiten (S. 147–156) kaum mehr als die äußere Organisationsgeschichte und Gliederung dieses weit in die Weimarer Zeit zurückreichenden großangelegten Forschungsprojektes beschrieben hat, kommt er zu dem erstaunlichen Schluß, daß die Forschungsgemeinschaften – im Sinne einer „organisatorische[n] Einheit“ (S. 130) – mit dem Handwörterbuch „den Berliner Reichszentralen ein ethnopolitisches Selektionsinstrument zur Verfügung gestellt [haben], welches sowohl für die Informationsbeschaffung als auch die Unterstützung der Ethnopolitik in den eroberten Staaten eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt hat“ (S. 156). Die funktionale Verbindung zwischen wissenschaftlicher Volksforschung und der Praxis nationalsozialistischer Eroberungs- und Vernichtungspolitik, die hier behauptet wird, möchte man doch etwas fundierter belegt sehen. Daß die wissenschaftlichen Beiträge des – zweifellos einseitig politisierten, gleichwohl nicht gänzlich unbrauchbaren – Handwörterbuches an sich ein Instrument der nationalsozialistischen „Ethnopolitik“ gewesen sein sollen, will jedenfalls nicht ohne weiteres einleuchten.¹⁸

Nachvollziehbarer fallen Fahlbuschs Erläuterungen zu einem weiteren Schwerpunkt der zentralen Leitungsebene der Forschungsgemeinschaften aus: der Koordination der Produktion von Kartenwerken. Abgesehen davon, daß auch in diesem Bereich die Rolle der zentralen Leitungsebene offenbar überschätzt wird, da – wie die Ausführungen des Autors selbst wiederholt belegen – die Erstellung und Evaluierung von Verwaltungs-, Nationalitäten- und Sprachenkarten im wesentlichen in der Ägide der einzelnen Forschungsgemeinschaften, insbesondere der Nord- und Ostdeutschen sowie der Südostdeutschen bzw. ihrer sogenannten Publikationsstellen lagen, läßt sich hier in der Tat ein Bereich fassen, in dem einzelne Ostforscher sich mit ihrer Expertise an der Praxis nationalsozialistischer Ostpolitik konkret beteiligt haben. Der amerikanische Geograph Guntram Henrik Herb hat dies in einer interessanten Studie, die insgesamt der wichtigen Rolle gewidmet ist, die Karten und kartographische Interpretationen im Hinblick auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen zwischen dem Ende des Ersten und dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowie im Rahmen der nationalsozialistischen

¹⁸ Reflektierter hierzu WILLI OBERKROME: *Geschichte, Volk und Theorie. Das ‚Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums‘*, in: *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 104–127, bes. S. 114, der im Hinblick auf die Funktion der NS-konformen Politisierung des Handwörterbuches eher von einer „konzeptionellen Fundierung einer regimeadäquaten ‚Volkspolitik‘“ spricht.

Propaganda und konkreten Eroberungs- und Besatzungspolitik seit 1938/39 gespielt haben, ebenfalls deutlich vor Augen geführt.¹⁹ Herb weist dabei auch den Publikationsstellen der Forschungsgemeinschaften – aber eben nicht nur ihnen – eine wichtige Funktion zu.

Michael Fahlbusch geht freilich von einer weit systematischeren Beteiligung der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften an der nationalsozialistischen „Neuordnung Europas“, d.h. an der Zerstörung gewachsener soziokultureller Strukturen, der Vernichtung von Bevölkerungen und der Ausbeutung der natürlichen und humanen Ressourcen aus (S. 472). Als Beleg für eine aktive, von der NS-Führung gesuchte Mitwirkung der zentralen Leitungsebene der Forschungsgemeinschaften an der NS-Besatzungspolitik dienen ihm vor allem jene Denkschriften, die von einzelnen oder Gruppen von Vertretern verschiedener Forschungsgemeinschaften erstellt wurden und von denen bislang sechs auf den europäischen Osten bezogene Beispiele bekannt geworden sind. Fahlbusch schließt bereits von den Inhalten dieser Denkschriften auf „ihre zentrale Stellung für die politischen Entscheidungsträger“ (S. 477), ohne den tatsächlichen kommunikativen oder funktionalen Zusammenhang zwischen den ethnopolitischen Überlegungen der Volkswissenschaftler und der konkreten Besatzungspolitik genauer erhellen zu können. Auch den von rivalisierenden NS-Instanzen durchgeführten Kulturraub interpretiert er aufgrund der partiellen Mitwirkung und Nutznießerschaft der Forschungsgemeinschaften als eine von diesen zentral geplante und gelenkte Aktion. Schließlich suggeriert er mit Verweis auf einzelne in SS-Einheiten agierende Ostforscher eine systematische „Teilnahme von Volkstumsforschern an Vernichtungsaktionen“ (S. 522). In ihrer Argumentationsführung können diese Thesen insgesamt wenig überzeugen. Sie verknüpfen einzelne Fakten, Ereignisse und divergente Zusammenhänge zu einer Kohärenz, die mit den komplexen, teils widersprüchlichen Quellenbefunden nur schwer in Einklang zu bringen ist, für Fahlbusch aber als Beleg dafür dient, daß die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften einen ebenso systematischen wie unerläßlichen Beitrag zum nationalsozialistischen Völkermord geleistet haben.

Vermag die Deutung des Verbundes der Forschungsgemeinschaften als eines zentralisierten „Brain-Trusts“, der in rationaler Planung die nationalsozialistische Besatzungspolitik wissenschaftlich fundiert, mitgestaltet und gesteuert hat, letztlich nicht zu überzeugen, so fällt auch die Beschreibung der Organisationsstrukturen und Handlungsfelder der einzelnen Forschungsgemeinschaften am Ende etwas enttäuschend aus. Zwar wird hier jeweils eine Fülle wertvollen Einzelmaterials ausgebreitet und die „Architektur der Institution“ so eingehend wie nie zuvor bzw. für manche Forschungsgemeinschaft überhaupt zum ersten Mal rekonstruiert. Doch bleibt der Text im wesentlichen auf dem Niveau der bloß referierenden Deskription, bei der sich beispielsweise die Analyse der Handlungsfelder der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft auf eine Aufzählung ihrer Publikationen, der durchgeführten Tagungen und der auf diesen Tagungen gehaltenen Referate beschränkt. Eine Analyse der in Form von Stipendien und Druckbeihilfen betriebenen Forschungsförderung, der mit den Bewilligungen

¹⁹ GUNTRAM HENRIK HERB: *Under the Map of Germany. Nationalism and Propaganda 1918–1945*, Routledge, London, New York 1997, 250 S.

oder Ablehnungen erfolgten Themensetzungen oder eine Beschreibung der konkreten Mechanismen der Beeinflussung wissenschaftlicher Arbeiten durch die Leitung der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft bleiben gänzlich aus. Was diese Forschungsgemeinschaft etwa im Baltikum bzw. im Bereich der deutsch-baltischen Geschichte gefördert und koordiniert hat, wird auf nicht ganz eineinhalb Seiten kaum angesprochen; hier hätte das Werk „Baltische Lande“, das Fahlbusch fälschlicherweise als eine Schriftenreihe bezeichnet, interessante Einblicke in die konkrete, wissenschaftssteuernde, ja manipulierende Arbeitsweise der Forschungsgemeinschaft bzw. ihrer Publikationsstelle eröffnen können.²⁰

Die wissenschaftlichen Inhalte der von Albert Brackmann und Hermann Aubin koordinierten Ostforschung werden von Fahlbusch im Grunde ebenso wenig erörtert wie die individuellen Einstellungen und Motivationen der einzelnen Akteure. Ihre aus Protokollen und Geschäftskorrespondenzen – zumeist ohne hinreichende Kontextualisierung – zitierten politischen Äußerungen bleiben losgelöst vom engeren wissenschaftlichen Diskurs und die Zuordnung *der* Ostforscher zu einer durchgängigen und einheitlichen nationalsozialistischen Einstellung auf der Ebene pauschaler Annahmen. Daß die polnische, tschechische oder lettische geschichtswissenschaftliche Diskussion als der stete Bezugspunkt der deutschen Ostforschung ebenfalls völlig außerhalb des Blickfeldes bleibt, wird man einem Nicht-Osteuropahistoriker nicht vorwerfen wollen. Daß aber die eigentlich zentrale Frage, wie Wissenschaft als Wissenschaft politisch instrumentalisiert werden konnte oder sich selbst in den Dienst des NS-Regimes gestellt hat und welches Wissenschaftsverständnis dem zugrundelag, angesichts der starren Fixierung auf eine zentral gesteuerte politische Beteiligung *der* Ostforschung bzw. *der* Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften an der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik gänzlich in den Hintergrund gerät, mag einem Wissenschaftshistoriker weniger nachgesehen werden. Fahlbuschs Feststellung, daß sich der Wissenschaftsbegriff der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft „unmittelbar am politischen Bedürfnis der Politik der Reichsministerien“ orientiert habe (S. 247), bleibt mangels Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Produktion der Ostforscher jedenfalls eine nicht ausreichend belegte Behauptung.

Eine große Zahl faktischer Fehler vermindert zusätzlich die Verlässlichkeit der Darstellung²¹, während ein unvollständiges und nachlässiges Register das syste-

²⁰ Vgl. hierzu EDUARD MÜHLE: Deutschbaltische Geschichtsschreibung zum Livländischen Mittelalter im Kontext der politischen Entwicklungen der 1920er bis 1950er Jahre. Zwei werkorientierte Fallstudien, in: *The Baltic Lands, National Historiographies, and Politics in the 'Short Twentieth Century'*, Vancouver 1999 (Special Issue of *Journal of Baltic Studies* 30 [1999]), S. 352–390.

²¹ Einige Beispiele: Carl Engel war nicht Leiter des Herder-Instituts in Riga (S. 184), sondern dort lediglich Dozent, später Professor; der für den Kontext der Ostforschung relevante Nachlaß Erich Keyzers befindet sich nicht im Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster (S. 189, 535), sondern im Herder-Institut Marburg; Dagobert Frey hatte keinen Lehrstuhl am Krakauer Institut für deutsche Ostarbeit (S. 191), da das Institut gar keine Lehrstühle besaß, sondern lediglich von Zeit zu Zeit Tagungen durchführte, auf denen auch Frey einmal vortrug; die Jahrbücher für Ge-

matische Arbeiten mit dem 900-Seiten-Werk unnötig erschwert und die recht schematische, redundante Darstellungsform den Lesefluß nicht unbedingt beflügelt. Dennoch, bei aller Kritik hat Michael Fahlbusch eine wichtige, mit einem Ausblick auf institutionelle und personelle Kontinuitäten nach 1945 sowie einer Zusammenfassung abgerundete Arbeit vorgelegt, die sich mit ihrer umfassenden institutionengeschichtlichen Aufarbeitung und großen Materialfülle zweifellos als ein hilfreiches Kompendium für die weitere historiographie- und disziplingeschichtliche Erforschung der deutschen Ostforschung erweisen wird.

Einen ähnlich wichtigen Beitrag stellt die Hallenser Dissertation Ingo Haars dar.²² Auch sie geht in recht pointierter Gedankenführung davon aus, daß es sich bei der Ostforschung der 1930er bis 1940er Jahre um einen „komplexen und funktionstüchtigen Forschungsapparat“ gehandelt habe, der konsequent als Instrument der „Begleitforschung der ‚völkischen Flurbereinigung‘“ eingerichtet worden sei (S. 12). In engster Weise sieht Haar maßgebliche Akteure des Wissenschaftsbetriebs, Vertreter der Ministerialbürokratie und Funktionäre der politischen Verbände in dem Bestreben zusammenwirken, die volksgeschichtliche Ostforschung zielstrebig mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem zu vernetzen, dabei einen effizienten „Großforschungsbetrieb“ zu etablieren, diesen einheitlicher politischer Lenkung zu unterstellen und auf anwendungsorientiertes Handeln im Sinne der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik hin auszurichten. Die Ostforscher erscheinen in solcher Sicht als willige, ja übereifrige Experten, die mit ihrem Grundwissen nicht nur die nationalsozialistische Siedlungs- und Bevölkerungspolitik gerechtfertigt, sondern sie überhaupt erst „planbar und damit durchsetzbar“ gemacht haben (S. 11 f.).²³

Diese These fest im Blick beschreibt Ingo Haar in sieben Kapiteln einen vermeintlich folgerichtigen Aufstieg der Ostforschung von einer völkisch orientierten Denkrichtung deutscher Geschichtswissenschaft zu einer politikberatenden „Großforschung“ im Dienste der nationalsozialistischen Expansions- und Ver-

schichte Osteuropas waren 1936 nicht das „erste Forum der Ostforschung“ (S. 197), das Arbeitstreffen einiger Ostforscher im September 1939 in Breslau fand nicht als Sitzung einer „Grenzziehungskommission der NOFG“ statt (S. 551) und die damals erarbeitete Denkschrift nicht „das hohe Interesse ... bei den Ministerien“ (S. 552); Walter Recke ist 1950 auch nicht zum Vorsitzenden des Herder-Forschungsrates gewählt worden (S. 779); hinzu kommen falsche Quellenangaben, so etwa wenn angeblich aus dem 1933 anlässlich des Internationalen Historikertages in Warschau gefertigten vertraulichen „Vademecum“ der Dahlemer Publikationsstelle zitiert wird, das Zitat in Wirklichkeit aber aus der Einleitung zu dem im Sommer 1933 von Albert Brackmann herausgegebenen Sammelband „Deutschland und Polen“ stammt (S. 218).

²² INGO HAAR: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 143), Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2000, 433 S., 78,- DM.

²³ Zusammenfassungen seiner Grundthesen und Argumentationsführung in INGO HAAR: ‚Kämpfende Wissenschaft‘. Entstehung und Niedergang der völkischen Geschichtswissenschaft im Wechsel der Systeme, in: Deutsche Historiker (wie Anm. 1), S. 215–240; DERS.: Deutsche ‚Ostforschung‘ und Antisemitismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 485–508; DERS.: Die Genesis der ‚Endlösung‘ aus dem Geiste der Wissenschaften: Volksgeschichte und Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 13–31.

nichtungspolitik. Im ersten Kapitel schildert er die Formierung der Weimarer Volksgeschichte und die Bemühungen, dieser vom Trauma der Weltkriegsniederlage und dem Streben nach Revision geprägten neuen Forschungsrichtung einen politisch-institutionellen Rahmen zu geben. Bereits die zu diesem Zweck gegründete Leipziger Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung habe, so Haar, erfolgreich die volksgeschichtlich engagierten Kulturwissenschaftler mit Vertretern der Politik zusammengeführt, das Netzwerk zwischen Wissenschaft und Politik eingespielt und als „Denkfabrik“ der „geheimen Revisionspolitik“ ein Programm entwickelt, „mit dem ausschließlich politische Ziele verfolgt wurden“ (S. 362). Die territoriale Expansion sei dabei unter Rückgriff auf die imperialen Ambitionen der Vorkriegszeit erneut zur Leitvorstellung erhoben worden.

Wie das nach Haar bereits „betont rassistische Forschungsprogramm“ der Leipziger Stiftung (S. 364) an anderer Stelle, nämlich am „Wissenschaftsstandort Königsberg“, weiter radikalisiert wurde, ist Gegenstand des zweiten Kapitels, das zunächst interessante Einblicke in die völkisch-bündische Studentenbewegung und damit eine gelungene Analyse des akademisch-politischen Sozialisationsmilieus jungkonservativ-völkischer Nachwuchshistoriker wie Theodor Schieder, Werner Conze oder Erich Maschke bietet.²⁴ Unter der Mentorenschaft von Hans Rothfels habe diese Gruppe „rechtsradikaler“ Jungakademiker seit 1929 die Beseitigung der Weimarer Republik und eine konsequente ‚Neuordnung Europas‘ nach ethnischen Kriterien gefordert. Der ‚Volkstumskampf‘ sei von ihnen als die einzig angemessene Form der politischen Auseinandersetzung mit dem Osten betrachtet, die daraus abgeleitete Forderung nach seiner staatlichen Lenkung gedanklich bereits mit „rassenbiologische[n] Eingriffe[n] und siedlungspolitische[n] Initiativen“ verknüpft worden (S. 365). Diese in Königsberg unter Rothfels' Einfluß eingübte Verflechtung von deutscher Ostarbeit und Konzeptualisierung völkischer Ordnungsvorstellungen sei für den weiteren Ausbau der volksgeschichtlichen Ostforschung von wegweisender Bedeutung gewesen (S. 105).

Seit Beginn der 1930er Jahre habe dann Albert Brackmann die entscheidenden Initiativen ergriffen. Seine Bemühungen, die auf den Grenz- und Volkstumskampf ausgerichtete Volksgeschichte mit Hilfe zunächst des Instituts für Archivwissenschaften, dann der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft unter einheitlicher Leitung zusammenzufassen und sie gegenüber der bis dahin noch immer tonangebenden kritischen Schule des Historismus als das maßgebliche geschichtswissenschaftliche Paradigma durchzusetzen, bilden den Gegenstand der drei folgenden Kapitel. Auf der Basis umfangreicher Archivrecherchen kann

²⁴ Dieses wohl gelungenste Kapitel des Buches ist bereits vorab erschienen, vgl. INGO HAAR: Revisionistische Historiker und Jugendbewegung. Das Königsberger Beispiel, in: *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 52–103. Zum Königsberger Milieu der Weimarer Ostforschung sehr interessant und anregend auch WOLFGANG NEUGEBAUER: *Wissenschaftskonkurrenz und politische Mission. Beziehungsgeschichtliche Konstellationen der Königsberger Geisteswissenschaften in der Zeit der Weimarer Republik*, in: *Das Preußenland als Forschungsaufgabe. Eine europäische Region in ihren geschichtlichen Bezügen*. Festschrift für Udo Arnold zum 60. Geburtstag, hrsg. v. BERNHART JÄHNIG und GEORG MICHELS (Einzelschriften der Historischen Kommission für Ost- und Westpreussische Landesforschung, Bd. 20), Lüneburg 2000, S. 741–759.

Haar hier in der Tat viel Neues zutage fördern und interessante Zusammenhänge beleuchten. Albert Brackmann zeichnet er dabei als einen ebenso machtbewußten wie skrupellosen, den Herrschaftsantritt der Nationalsozialisten geschickt nutzenden Wissenschaftsmanager, der sich nach Verdrängung seiner Konkurrenten aus dem liberal-demokratischen Lager rasch als die zentrale Integrationsfigur nicht nur der Ostforschung, sondern der deutschen Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus überhaupt etablieren konnte. Das von ihm dirigierte System einer politisch selbstgleichgeschalteten Ostforschung habe er konsequent zu festigen vermocht. Bis 1937 sei die Institutionalisierung ihrer überregionalen Netzwerke und lokalen Arbeitsgruppen abgeschlossen gewesen und der hierarchisch gelenkte Forschungsverbund als staatlich geförderte „Großforschungseinrichtung“ endgültig auf die Erfordernisse der nun seitens des Regimes offensiv vertretenen imperialen Lebensraumpläne im Osten ausgerichtet worden.

Daß und wie die so organisierten und auf Linie gebrachten Ostforscher fortan in die komplexen Entscheidungsprozesse und Planungen eingebunden gewesen seien, die schließlich zum systematischen Völkermord führten, sucht Haar im siebten Kapitel darzulegen. Anfänglich habe die Ostforschung vier Politikfelder begleitet: Erstens habe sie zwecks Legitimierung der Reichserbhofgesetzgebung eine Verbindung zwischen der nationalsozialistischen Siedlungspolitik und den Maßnahmen der ‚inneren Kolonisation‘ Preußens hergestellt; zweitens mit der Erhebung der für den Eingriff in die ostmitteleuropäische Bevölkerungsstruktur benötigten quantitativen Daten die Grundlagen für den imperialen Volkstums-kampf geschaffen; drittens die volkskundlichen, geographischen, kultur- und geistesgeschichtlichen Grundlagen für den Aufbau neuer deutscher Kulturlandschaften in Ostmitteleuropa erstellt und viertens für die Einbindung der dortigen volksdeutschen Eliten in das Forschungsprogramm der deutschen Ostforschung gesorgt. Bald jedoch habe die Arbeit eine weitere Radikalisierung erfahren und schon im Frühjahr 1937 hätten „die Polen-Pläne der Spezialisten [...] in den Schubladen der Mitarbeiter der Forschungsgemeinschaft“ gelegen (S. 309). Spätestens mit Beginn der konkreten Expansionspolitik hätten sich dann die durch Spionagetätigkeiten, legale Auslandsaufenthalte und Mitarbeit in den regionalen Abwehrstäben der nationalsozialistischen Gauleitungen erworbenen Spezialkenntnisse der Ostforscher für die nationalsozialistischen Planungsstäbe als unentbehrlich erwiesen. Zwar könnten Albert Brackmann, Hermann Aubin und ihre Mitarbeiter nicht direkt als eine „Riege von ‚Vordenkern der Vernichtung‘“ bezeichnet werden, da ihre Begleitforschungen „zumindest bis September 1939 nicht auf der erklärten Absicht [gründeten], die untersuchten Bevölkerungsgruppen zu ermorden“ (S. 371), doch hätten sie mit ihren Expertisen „dem hochgradig komplexen Planungsapparat der nationalsozialistischen Siedlungs- und Bevölkerungspolitik“ antizipierend und bereitwillig zugearbeitet (S. 372).

Die Gedankenführung, in der Ingo Haar diese Grundthese von der ersten bis zur letzten Zeile seines Buches vertritt, ist sehr zutreffend als „irritierend stringent“ bezeichnet worden.²⁵ In der Tat erweckt seine Darstellung – von einer

²⁵ Willi Oberkrome in seiner Rezension des Buches für H-Soz-u-Kult@H-Net vom 23. März 2001.

Reihe sachlicher Fehler²⁶ und innerer Widersprüche²⁷ einmal abgesehen – in zweierlei Hinsicht grundlegende Einwände. Zum einen bleibt sie in der Fixierung auf ihre zentrale These ausgesprochen eindimensional. Ihr Gegenstand, die auf das östliche Mitteleuropa bezogene deutsche Geschichtswissenschaft der 1930er–1940er Jahre, wird ausschließlich in einer – zudem sehr eng geführten – politischen Dimension erfaßt. Dabei mögen wichtige Einzelaspekte der komplexen Rolle und Funktion der Ostforschung und einzelner ihrer Vertreter im Nationalsozialismus beleuchtet werden, eine differenzierte Geschichte der Ostforschung jener Jahre wird damit nicht geboten. Folgt man Haar, so haben sich die wissenschaftlichen Interessen und das volkspolitische Denken der Ostforscher allein in nationalsozialistischer Grenzziehungs- und Bevölkerungspolitik sowie der wissenschaftlichen Fundierung ‚ethnischer Flurbereinigungen‘ erschöpft. Aus einer derart eingeschränkten Perspektive, die sorgsam jedes der Grundthese möglicherweise zuwiderlaufende Phänomen ausspart, ist – um nur ein Beispiel zu nennen – Werner Conzes Habilitationsschrift über die litauisch-weißrussischen Bevölkerungs- und Agrarverhältnisse des 16. Jahrhundert allein unter dem Aspekt von Interesse, daß diese Arbeit vermeintlich „für die Praxis der ethnischen Segregation konkrete Kriterien“ angeboten habe (S. 318; vgl. auch S. 285). Eine historiographie- bzw. wissenschaftsgeschichtliche Analyse der noch heute vielfach als grundlegend betrachteten sozialgeschichtlichen Untersuchung liegt Ingo Haar gänzlich fern.

Noch größeres Unbehagen als die Ausblendung wichtiger Teilaspekte des Themas erwecken freilich die Art und Weise, in der er seine pointierten Aussagen zu belegen versucht. Nicht selten bleiben Behauptungen gänzlich unbelegt²⁸ oder stützen sich auf eine überraschend schwache Grundlage.²⁹ Darüber hinaus stößt

²⁶ So war Ludolf Malten beispielsweise nicht Kurator der Universität Breslau, sondern Dekan (S. 154); Hermann Aubin aber nie Dekan, wie Haar meint (S. 290); Aubin hat auch nicht „das ‚Ostprogramm‘ der deutschen Geisteswissenschaften auf den Weg“ gebracht (S. 365), sondern sich allein an der Erstellung des ‚Ostprogramms‘ der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau beteiligt.

²⁷ So heißt es beispielsweise einmal, die Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft habe sich „aktiv sowohl am Generalplan Ost als auch an der ‚Endlösung der Judenfrage‘ beteiligt“ (S. 353), ein anderes Mal, daß die Historiker der Forschungsgemeinschaft „weder die konzeptionellen Grundzüge beispielsweise des ‚Generalplans Ost‘ aus[gearbeitet], noch [...] in der Regel den Sondereinsatzkommandos der SS an[gehör]t“ hätten (S. 371).

²⁸ So etwa folgende Aussagen: „Die Polen-Pläne der Spezialisten lagen spätestens im Frühjahr 1937 in den Schubläden der Mitarbeiter der Forschungsgemeinschaft“ (S. 309); „Die Publikationsstelle entwickelte sich mit Kriegsbeginn innerhalb kürzester Zeit zu einem wissenschaftlichen Nachrichtendienst“ (S. 287, 321); „Er [Hermann Aubin] nutzte zunächst die von der Publikationsstelle betreuten deutsch-sowjetischen Grenzverhandlungen aus, um seine Experten in Stellung zu bringen“ (S. 329); das Amt für Schlesische Landeskunde in Oppeln sei „für die völkische Flurbereinigung verantwortlich“ gewesen (S. 349).

²⁹ So etwa wenn Haar zwar sehr richtig einräumt, daß eine Einbindung der Ostforscher in die nationalsozialistische Siedlungspolitik „intensive Arbeitsbeziehungen“ zwischen Ostforschern und der SS voraussetzte, er als konkreten ‚Beleg‘ für solche „intensiven Arbeitsbeziehungen“ aber nur eine im Verlag des SS-Ahnenerbes erschienene Bro-

der mit den Quellen vertraute Leser immer wieder auf wenig überzeugende bis fragwürdige Quellendeutungen. Um der These von einem frühen „beispiellosen Erfolg“ der Volkshistoriker größere Überzeugungskraft zu verleihen, erklärt Haar beispielsweise einen am Rande des Frankfurter Historikertages von 1924 gehaltenen Vortrag Hermann Aubins zum „Grundsatzreferat“ des Historikertages (S. 37); um die koordinierenden Initiativen der Leipziger Stiftung überwiegend als von Berliner Behörden zentral gesteuerte politische Maßnahmen erscheinen zu lassen, zitiert er allein Quellen staatlicher Provenienz (S. 56); um die grenzrevisionistisch-expansionistische Stoßrichtung eines auf dem deutschen Soziologentag von 1930 gehaltenen Vortrags zu belegen, heißt es: „Nachdrücklich forderte er in seinem Schlußplädoyer über die Stammesgrenzen des Germanentums, daß der ‚Stammesgedanke [...] als eine[s] der großen Ordnungsprinzipien unserer Gesellschaft sogar bei der Neuaufteilung des Reiches Berücksichtigung [beansprucht]““ (S. 94). Nicht nur, daß dieses Zitat an sich keinen Expansionsdrang belegt, es verkürzt auch die tatsächliche Aussage des Vortragenden, der hier tatsächlich keine ‚Forderung‘ erhob, sondern mit Bezug auf die Präambel der Weimarer Verfassung konstatierte, daß die zeitgenössische Diskussion über Wesen und Grenzen der deutschen Stämme die Aufmerksamkeit der Wissenschaft erfordere.³⁰ Um den Durchbruch der völkischen Wissenschaft und ihre antipolnische Ausrichtung auf dem Göttinger Historikertag von 1932 zu illustrieren, zitiert Haar aus der Sekundärliteratur die Deutsche Allgemeine Zeitung dahingehend, daß diese „die deutschen Historiker gar in einer ‚Angriffsstellung‘ gegenüber Polen“ gesehen habe (S. 102), während es in der Quelle selbst genau umgekehrt heißt, daß es „von höchster Bedeutung“ gewesen sei, vor diesem Plenum endlich einmal die „Angriffsstellung“ der polnischen Forschung mit „solcher Deutlich-

schüre Albert Brackmanns anzuführen vermag (S. 322–323). An anderer Stelle ‚belegt‘ Haar seine Aussage, daß die Volkstumswissenschaftler schon Mitte der 1930er Jahre von der Prämisse ausgegangen seien, „daß die Grundkenntnisse der ‚völkischen Geographie‘ früher oder später im Rahmen einer ethnischen ‚Neuordnung Europas‘ angewandt werden sollten“ (S. 257–258), allein mit einem Verweis auf Aufsätze von Peter Schöttler und Karl-Heinz Roth. Die Behauptung, daß die „Breslauer Landesstelle für Nachkriegsforschung [...] sowohl in der Deportationspraxis des SD als auch in der langfristig angelegten Siedlungspraxis in [...] Oberschlesien eine Pilotfunktion“ ausgeübt habe (S. 339), wird mit einem Hinweis auf die Zusammenstellung von Daten zur neuesten oberschlesischen Sozial- und Nationalitätengeschichte (S. 341) ‚belegt‘. Genau zu dieser Zeittafel bemerkte Albert Brackmann freilich (was Haar nicht mitteilt), daß sie „für historische Zwecke sehr nützlich, für praktisch-politische, propagandistische aber offengestanden wenig geeignet“ sei und „das Propagandaministerium in dieser Form damit wenig anfangen könnte, da Ministerien, die aktuelle Ziele verfolgen, bekanntlich an retrospektiven Zusammenstellungen nur geringes Interesse haben“. Er empfahl den Breslauer Kollegen daher, das *nota bene* dem Propagandaministerium und nicht den Planungsstäben der SS angetragene „Kalendarium zurückzulegen, bis es der wissenschaftlichen Arbeit nutzbar gemacht werden kann“; Albert Brackmann an Erich Randt, Berlin-Dahlem 2.10.1939, Geheimes Staatsarchiv HA I, Rep. 178 B Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte Paket 9078 (provisorische Signatur).

³⁰ HERMANN AUBIN: Die geschichtlichen Grundlagen der deutschen Stämme, in: Verhandlungen des 7. Deutschen Soziologentages 1930, Tübingen 1931, S. 257–267, bes. 260, 266–267.

keit“ aufzuzeigen.³¹ Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei betont, daß es hier nicht um irgendeine Apologie der damaligen Haltung deutscher Historiker, sondern allein um den handwerklichen Umgang mit den Quellen geht. Wie wenig präzise und überzeugend Ingo Haar in dieser Hinsicht verfährt, mag ein letztes Beispiel verdeutlichen: Im Kontext seiner Analyse der im September 1939 von Breslauer und Berliner Ostforschern verfaßten Denkschriften diskutiert er u.a. das Protokoll einer Sitzung der Breslauer Ostforscher um Hermann Aubin vom 28. September. Dabei knüpft er an das korrekte wörtliche Zitat eines herausgegriffenen Halbsatzes [„Rückwanderer aus den russisch werdenden ostpolnischen Gebieten“] die Aussage an, daß sich Aubin im Falle einer solchen Rückwanderung die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung ausgerechnet, eine Entschädigung der – Zitat Haar – „zur Zwangsdeportation vorgesehene[n] jüdische[n] oder polnische[n] Bevölkerung“ nicht vorgesehen habe und „davon überzeugt“ gewesen sei, „daß die polnische Bevölkerung nicht nur für die ‚Entdeutschung‘ der ehemaligen preußischen Ostgebiete, sondern auch für die über Jahrhunderte anhaltende Assimilierung der mittelalterlichen deutschen Kolonisten in Polen zur Rechenschaft zu ziehen sei“ (S. 329). Hermann Aubin mag so oder anders gedacht haben; in der von Haar als Beleg für seine Deutung angeführten Quelle finden sich diese Aussagen jedoch nicht.³² Stattdessen hätte er in dieser Quelle einen Satz finden können, den er nicht berücksichtigt, weil er seine auf einen Text Walter Kuhns gestützte Feststellung, daß die Breslauer Ostforscher den Polenfeldzug dazu nutzen wollten, „nicht nur Westpreußen und Posen, sondern auch die Gebiete des Streuinseldeutschums jenseits der alten Reichsgrenze einzugliedern“ (S. 330), möglicherweise etwas relativiert hätte.³³ Angesichts solcher ‚handwerklicher Mängel‘ und der ihnen zugrundeliegenden Voreingenommenheit bleibt auch die wichtige Erörterung der Rolle und Funktion deutscher Ostforscher im Kontext der nationalsozialistischen Bevölkerungs- und Eroberungspolitik, die Haars eigentliches Thema bildet, letztlich unbefriedigend.

Nun wird man bei aller Kritik an den zuspitzenden und verkürzenden Thesen Ingo Haars und Michael Fahlbuschs nicht in das andere Extrem verfallen dürfen und behaupten können, die deutsche Ostforschung und ihre führenden Vertreter hätten eine grundsätzliche Distanz zum NS-Regime gewahrt und seiner verbrecherischen Ostpolitik gänzlich fern gestanden. Zu deutlich sprechen die Quellen eine andere Sprache. Und doch wird diese Ansicht neuerdings nicht minder

³¹ PETER SCHUMANN: Die deutschen Historikertage von 1893 bis 1937. Die Geschichte einer fachhistorischen Institution im Spiegel der Presse, Marburg 1974, S. 399. Wenn Haar im übrigen diesen Autor als „Schuhmann“ zitiert, dann ist dies nur ein weiteres kleines Beispiel für die zahlreichen ‚Nachlässigkeiten‘ seiner Arbeit.

³² Arbeitsplan für die Denkschrift über die ostdeutsche Reichs- und Volkstumsgrenze. Protokoll der Sitzung vom 28.IX.1939 in Breslau, Bundesarchiv Berlin R 153/291, publiziert bei EBBINGHAUS, ROTH (wie Anm. 13), S. 80–82.

³³ Ebenda, S. 82, wo es heißt: „Auf Grund der sich aus diesen Berechnungen ergebenden Zahlen ist eine eventuelle Grenzkorrektur vorzunehmen und festzustellen, ob von einer völligen flächenmäßigen Wiedergutmachung in der Zone b) [„die im Versailler Vertrage abgetretenen Ostprovinzen bis zur ehemaligen Reichsgrenze“, ebenda, S. 81] abgesehen werden, diese vielmehr als Protektoratsgebiet betrachtet werden soll, wo man sich mit dem Vorhandensein von Streudeutschum begnügen kann.“

engagiert vertreten.³⁴ Ihr Advokat, der Berliner Historiker Martin Burkert, stützt sich auf die gleichen Quellenbestände wie Haar und Fahlbusch, liest diese aber in gänzlich anderem Licht. Im Ergebnis seiner konträren Interpretation kommt er zu dem Schluß, daß nicht nur „alle Thesen, wonach die Ostwissenschaftler zwischen 1933–1939 die Aggressionen des NS-Staates gegen seine östlichen Nachbarn planend vorbereitet hätten, [...] jeder Grundlage“ entbehrten, sondern die gesamte Ostwissenschaft auch auf das ausgeprägte Desinteresse und starke Mißtrauen des NS-Regimes gestoßen, ja dieses bemüht gewesen sei, die „klassische Ostforschung“ ebenso zu liquidieren wie die traditionelle „Osteuropäische Geschichte“ (S. 725 f.). Nicht bevorzugte staatliche Förderung, privilegierte Stellung und systematische Heranziehung zu politischen Aufgaben bestimmten nach Burkert die Situation der Ostforschung in den Jahren zwischen Machtergreifung und Zweitem Weltkrieg, sondern politische Ablehnung, institutionelle Diskriminierung und personelle Gefährdung.

Dieses überraschend ‚revisionistische‘ Bild wird in einer länglichen, von zahlreichen Wiederholungen geprägten Argumentation entfaltet, die wie diejenige Fahlbuschs oder Haars dank intensiver Archivrecherchen im Detail interessante Zusammenhänge zu beleuchten und zahlreiche neue Einblicke zu eröffnen, in ihrer Gesamtdeutung aber aus ähnlichen Gründen nicht zu überzeugen vermag. Die in fünfzehn Kapitel gegliederte Arbeit schildert zunächst die Formierung der „Weimarer Ostforschung“ (Kap. I), die sich nach Ansicht des Autors zu Beginn der 1930er Jahre auf dem Weg zu einer verwissenschaftlichten Ostmitteleuropaforschung befunden und mehr und mehr von der apoletischen Deutschlandsgeschichte gelöst habe. Ihr methodischer und institutioneller Aufbruch sei nach der Machtergreifung jedoch alles andere als gefördert, vielmehr durch das neue Regime abgebrochen worden. Die Ostforscher seien dadurch in eine Phase der Unsicherheit geraten, in der sie einer „Fehleinschätzung“ der Nationalsozialisten und ihrer ostpolitischen Ziele unterlagen (Kap. II). Erst als nach Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934 ihre Arbeitsmöglichkeiten weiter eingeengt worden seien (Kap. III), habe sich bei ihnen allmählich die Erkenntnis durchgesetzt, „daß ihr eigentliches Ziel in der ostpolitischen Konzeption des Dritten Reiches keinen Platz mehr besaß“ (S. 146). Damit habe sich neben Irritation auch eine „Lähmung ihrer wissenschaftlichen Produktivität“ eingestellt (S. 169). Ein schwacher Widerstandsversuch (den Burkert im Rahmen einer im August 1934 durchgeführten Tagung der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft ausmacht) und manche Demonstration von Selbstsicherheit (Kap. IV) hätten nichts daran ändern können, daß die Lage der Ostforschung fortan durch den „Kampf um ihre bloße Existenzberechtigung“ geprägt gewesen sei und dieses Ringen die Ostforscher „in den nächsten Jahren zermürben sollte“ (S. 180).

³⁴ MARTIN BURKERT: Die Ostwissenschaften im Dritten Reich. Teil I: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 55), Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2000, 771 S., 148,- DM. Eine vehemente Kritik dieser Arbeit bei DIETRICH GEYER: Ostforschung im Dritten Reich. Bemerkungen zu einem ‚Persilschein‘ in Langfassung, in: Osteuropa 51 (2001), S. 733-739.

Wie dieser ‚Überlebenskampf‘ im einzelnen geführt wurde, sucht Burkert am Beispiel des Breslauer Osteuropa-Instituts (Kap. V), des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg (Kap. VI), des Ostland-Instituts in Danzig (Kap. VII), der Slavistik (Kap. VIII), der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas (Kap. IX) und des Berliner Seminars für osteuropäische Geschichte (Kap. XI) eingehend zu schildern. Den Ostwissenschaftlern unterstellt er dabei durchweg eine „idealistische ‚völkische‘ Osteuropa-Konzeption“ (S. 733), die von dem Wunsch nach geistiger Verständigung und einer friedlichen Lösung der osteuropäischen Nationalitätenkonflikte auf der Grundlage des Prinzips der gegenseitigen völkischen Anerkennung geprägt gewesen sei. Vom Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sieht Burkert auch das ursprüngliche „völkische Osteuropa-Bild“ der „NS-Bewegung“ bestimmt, das seines Erachtens einen „konstruktiven, zukunftsweisenden Kern“ aufgewiesen habe (S. 742). Diese vermeintlich positive ostpolitische Richtung der „NS-Bewegung“ sei vor allem von Alfred Rosenberg vertreten und in dem von ihm geleiteten Außenpolitischen Amt der NSDAP institutionell verankert worden. Da sie das größte Hindernis für Hitlers Ostpolitik dargestellt habe, sei sie jedoch vom „NS-Regime“ bald beiseite gedrängt worden (Kap. X). Spätestens in dieser Auseinandersetzung hätten sich auch die mit dem „völkischen Osteuropa-Bild“ der „NS-Bewegung“ sympathisierenden Ostforscher nicht nur als überflüssig, sondern aufgrund ihrer intimen Ostkenntnisse geradezu als gefährlich erwiesen. Ihre Ausschaltung und die gleichzeitige Heranbildung eines eigenen ostwissenschaftlichen Nachwuchses in SS-bestimmten Institutionen seien daher unabdingbare Voraussetzungen für die Durchführung der destruktiven und nihilistischen Hitlerschen Ostpolitik gewesen (Kap. XI–XIV).

Dieses gänzlich gegen den Strom der jüngsten Debatten gezeichnete Bild der deutschen Ostforschung ist auf der Grundlage eines ungemein fleißigen Studiums der einschlägigen behördlichen Akten erarbeitet und bleibt dennoch ebenso eindimensional wie die völlig entgegengesetzten Interpretationen von Fahlbusch und Haar. Das liegt nicht nur daran, daß auch Burkert die eigentliche geschichtswissenschaftliche Arbeit der Ostforscher gänzlich unberücksichtigt läßt, sondern vor allem an dem Eifer, mit dem auch er ähnlich starr auf eine Grundthese fixiert ist. So drängt sich auch bei ihm ungeachtet aller wertvollen Materialfülle immer wieder der Eindruck auf, daß nicht eine nach Kräften unvoreingenommene Arbeit an den Quellen zu den Interpretationen geführt, sondern eine vorgefaßte Deutung entsprechende Quelleninterpretationen nach sich gezogen hat. Anders läßt sich kaum erklären, daß seine Darstellung nicht nur in Detailspekten zahlreiche zweifelhafte Quellenauslegungen aufweist³⁵, sondern auch in ihren Grundaussagen zu

³⁵ Hierzu nur einige wenige Beispiele: Daß die Deutschlandsgeschichte „in der Rangordnung der Forschungsvorhaben der Ostforscher nur einen untergeordneten Platz“ eingenommen (S. 109) bzw. sich diese „einer verstärkten Bearbeitung deutschumsgeschichtlicher Themen [...] nicht freiwillig zugewandt“ habe (S. 346), läßt sich mit den tatsächlichen Befunden ebensowenig in Einklang bringen wie die Behauptung, daß die Ostforscher kein Interesse an einer besonderen Forschungsgemeinschaft gehabt hätten (S. 122), die Gründung der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft zu ihrer völligen Überraschung und gegen ihren Willen erfolgt (S. 126, 132, 544), der Ostfor-

fragwürdigen Schlüssen kommt. Ausgesprochen problematisch erscheint vor allem die Differenzierung zwischen einer „NS-Bewegung“ mit konstruktiv-zukunftsweisendem ostpolitischen Konzept auf der einen und Hitlers Lebensraumvorstellungen bzw. einem destruktiv-nihilistischen „NS-Regime“ auf der anderen Seite, bei der die mit ersterer sympathisierenden Ostforscher als gefährliche Gegner des „NS-Regimes“ erscheinen.

Wie Frank-Lothar Kroll in einer ideengeschichtlichen Analyse des Geschichtsdenkens Adolf Hitlers, Alfred Rosenbergs, Walther Darrés, Heinrich Himmlers und Josef Goebbels³⁶ kürzlich noch einmal gezeigt hat, kann von einer einheitlichen bzw. geschlossenen nationalsozialistischen Weltanschauung nicht die Rede sein.³⁶ Geschichtsdenken und Weltanschauung der machtpolitisch relevanten Ideologen und Entscheidungsträger des NS-Regimes divergierten vielmehr in zahlreichen Grundfragen, ja führten mitunter zu partieller Unvereinbarkeit ihrer Planungen und Positionen. Angesichts des Mit- und Nebeneinanders konkurrierender Weltanschauungsvarianten innerhalb des Nationalsozialismus müsse, so Kroll, von einem gewissen Pluralismus seiner Welt- und Geschichtsauffassungen gesprochen werden. Der vieldiskutierten polykratischen Herrschaftsorganisation des Regimes entsprach also eine Polyzentrie seiner ideologischen Prägung, in der auch Rosenbergs ‚kulturpluralistische‘ Ostpolitik, anders als Burkert zu suggerieren versucht, ihren festen Platz einnahm. Die Rosenbergsche Variante expansiver Ostpolitik wird man daher kaum als eine außerhalb des „NS-Regimes“ liegende ‚Alternative‘, als Ausfluß einer vermeintlich konstruktiv-zukunftsweisenden Seite einer auf Frieden und Verständigung ausgerichteten „NS-Bewegung“ deuten können, die – zusammen mit den ihr nahestehenden Ostforschern – von einem destruktiv-nihilistischen „NS-Regime“ erst ausgeschaltet werden mußte, ehe dieses seine verbrecherische Eroberungspolitik in Gang setzen konnte.

sung nach dem Januar 1934 ihr Name geraubt (S. 167), Albert Brackmann mit tatsächlicher Wirkung als Leiter der NOFG entlassen (S. 211, 250, 555) und die Forschungsgemeinschaft damit ohne Leitung in eine tiefe Krise gestürzt worden sei (S. 255); von einer „regelrechten Säuberungsaktion“ unter den Ostfachleuten der Universität Königsberg (S. 287) kann ebensowenig gesprochen werden wie von ihrer grundsätzlichen Distanz zu ethnozentrischen Sichtweisen (S. 238–239); die Berufung des Privatdozenten Erich Maschke auf eine Professur an die Universität Jena trug keineswegs „Züge einer Disziplinierungsmaßnahme“ (S. 286), und auch Hermann Aubin sollte nicht „nach Freiburg ‚wegversetzt‘ werden“ (S. 289), sondern war von der dortigen Fakultät 1938 zum wiederholten Male als ein potentieller Kandidat für den Lehrstuhl seines Freiburger Lehrers vorgeschlagen, letztlich aber nicht berufen worden. Wenn zudem Feststellungen wie diejenige, daß die Mitarbeiter der Berliner Publikationsstelle „auf die Besetzung Prags im März 1939 [...] schlicht mit Entsetzen“ reagiert hätten, lediglich mit einer persönlichen Mitteilung des damaligen Leiters der Publikationsstelle Johannes Papritz an den Verfasser ‚belegt‘ wird (S. 316, 573), so mag dies schließlich noch als ein Beispiel dafür angeführt sein, daß sich manche Aussage erstaunlich kritiklos auf Aussagen beteiligter Zeitzeugen stützt.

³⁶ FRANK-LOTHAR KROLL: Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn u.a. 1998, 368 S., 88,- DM.

Der Gedanke, daß Ostforscher wie Albert Brackmann, Hermann Aubin oder Theodor Oberländer in ihrem traditionellen deutschnationalen bzw. völkischen Denken in höherem Maße, als dies bislang eingeräumt worden ist, eigenständige ostpolitische Konzeptionen verfolgt haben, die sich nicht in jeder Hinsicht mit den Interessen und Plänen des NS-Regimes decken mußten, insbesondere mit der Vernichtungspolitik der SS auch in Widerspruch geraten konnten, verdient gewiß weitere Beachtung. Er könnte in sorgfältiger Ausführung durchaus zu einer differenzierenden Beurteilung der Rolle und Funktion der Ostforschung im Nationalsozialismus beitragen. In der überspitzten Ausdeutung Martin Burkerts, in der die Ostforscher durchweg als Verfechter völkischer Gleichberechtigung und eines friedlichen Ausgleichs, ja geradezu als ‚gefährliche Gegner‘ des „NS-Regimes“ begegnen, denen imperiales Hegemonialstreben gänzlich fern stand, ist er freilich etwas allzu einseitig und damit wenig erkenntnisfördernd ausgefallen.

Wenn umfangreiche, mit viel Fleiß und Aufwand erarbeitete Monographien, wie die hier vorgestellten, bei Auswertung der gleichen Quellenbestände zu so unterschiedlichen, ja völlig gegensätzlichen Interpretationen gelangen, mag dies seine Ursache vielleicht auch darin haben, daß das in Frage stehende Thema noch immer eher Objekt engagierter ‚Verurteilung‘ und ‚Apologie‘ als Gegenstand kritischer geschichtswissenschaftlicher Beurteilung ist. Daß beide ‚Seiten‘ dabei die einschlägigen Quellenbestände jeweils in ihrem Sinne einseitig ausdeuten können, ohne daß dies bei Herausgebern, Lektoren und Verlagen auf Bedenken stößt, verweist letztlich aber vor allem auf einen noch unzureichenden Forschungsstand. Dieser läßt mit seinen großen Lücken in der Tat noch viel Raum für kühne Thesen und Spekulationen. Ihnen die Grundlage zu entziehen, wird vor allem die Aufgabe institutionengeschichtlicher und biographischer Detailstudien sein, die zunächst einen verlässlichen empirischen Unterbau für eine künftige differenzierte Gesamtdeutung bereiten müssen.

Ein gutes Beispiel für diese Art noch zu leistender Grundlagenarbeit bietet die Biographie Theodor Oberländers, die Philipp-Christian Wachs vorgelegt hat.³⁷ In schnörkelloser, nüchterner Sprache wird hier differenziert und abgeklärt das politische Leben eines ‚Ostforschers‘ von der ausgehenden Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis in das wiedervereinigte Deutschland der 1990er Jahre erzählt, für den das Dritte Reich ungeachtet aller Intrigen und Anfeindungen, die NS-Funktionäre gegen ihn vorbrachten, und ungeachtet eigener konzeptioneller Vorbehalte eine Zeit des erfolgreichen Aufstiegs war. Daß es sich dabei um eine Karriere auf der Seite des Nationalsozialismus gehandelt hat, daran läßt Wachs bei aller Differenziertheit seiner Interpretation keine Zweifel. Anders als Burkert deutet er Oberländers Verdrängung aus dem akademischen Milieu Königsbergs und seinen politischen Ämtern in BDO und VDA im Jahre 1937 nicht als das Ende seiner Karriere im Nationalsozialismus und erst recht nicht als Beleg für eine grundsätzliche Gegnerschaft gegenüber dem NS-Regime. Der überzeugte Revisionist und Volkstumspolitiker mag sich zunehmend an Hitlers Lebensraumkonzept gerieben und der Agrarwissenschaftler in den Augen der Extremisten in Partei und SS sich immer deutlicher als für ihre Bevölkerungs-

³⁷ PHILIPP-CHRISTIAN WACHS: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Campus Verlag, Frankfurt/Main 2000, 533 S., 78,- DM.

und Vernichtungspläne ungeeignet erwiesen haben. Gleichwohl hat sich der Akademiker und Politiker Oberländer auch weiterhin geschmeidig seinen Weg durch das Dritte Reich gebahnt. Wenn er dabei als Offizier der Abwehr in Denkschriften der barbarischen Vernichtungspolitik der SS das Konzept einer ‚klügeren‘ und ‚pragmatischeren‘ Besatzungspolitik entgegenstellte, so wird man dies, wie Wachs zu Recht hervorhebt, schwerlich als einen Akt des Widerstandes betrachten können. Die Methoden des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion mag er verurteilt haben, das Ziel – die Errichtung einer deutschen Herrschaft über den Osten – hat er gleichwohl voll bejaht. Seine abweichenden Vorstellungen waren, wie Wachs zeigt, nicht „Ausfluß humanistischer Philanthropie“, sondern auf „die kühle Effizienz einer dauerhaften, möglichst nachhaltigen, lokal verwurzelten deutschen Herrschaft im Osten“ ausgerichtet (S. 489). Die Karriere Theodor Oberländers im Dritten Reich läßt sich, das wird in dieser Biographie recht deutlich, nicht nach einem einfachen Schwarz-Weiß-Schema deuten und kaum auf die Frage von Schuld oder Unschuld reduzieren. Die alltägliche Realität auch der Ostforscher im Nationalsozialismus war weitaus komplexer und vielschichtiger. Ihr *sine ira et studio* auf die Spur zu kommen, dafür versprechen einstweilen sorgfältige, kritisch historisierende Einzelstudien wie diejenige von Philipp-Christian Wachs größeren Ertrag als eindimensionale Gesamtdeutungen.